

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Zeitungsausgabe für Sachsen und Thüringen.
Für Sachsen ist die Postkarte
ausgestellt.

Zeitungsausgabe für Sachsen und Thüringen.
Ausgestellt zu Pfennig, ausserdem
ausgestellt zu Pfennig, ausserdem
ausgestellt zu Pfennig, ausserdem
ausgestellt zu Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Auerzeitung. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postkonto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 248

Mittwoch, den 23. Oktober 1929

24. Jahrgang

In letzter Stunde

Von Dr. Graeber, Chemnitz.

Diesen Aufsatz entnehmen wir dem „Nachrichtenblatt der Deutschen Volksbegehrten“ im 30. Wahlkreis“.

Durch die Verhandlungen in Paris und im Haag sind dem deutschen Volke Tributverpflichtungen auferlegt worden, deren auarische Erfüllbarkeit nicht ohne Recht angezweifelt wird. Der Gedanke, daß zwei Generationen an diesen Lasten zu tragen haben, ist ebenfalls unglücklich bitter. Die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten müssen jeden Vaterlandstreuen mit schwerster Sorge erfüllen. Al's da noch verwunderlich, wenn in allenfalls ein gefundener Abwehrwillen zu regen beginnt, ob die Unverträglichkeit der uns aufgebrachten Lasten immer wieder betont wird? Keinesfalls! Am Gegenteil wird jede Regierung, die ihrer Aufgabe nur ehrhaftmachen gewachsen ist, gerade solche Stimmen begrüßen und sie in ihren Verhandlungen nutzen müssen.

Nun ist im September das Volksbegehrten bekannt geworden, daß dessen Einzeichnung jetzt manlich aufgefordert wird. Es kommt sich „Gesetz gegen die Verstümmelung des deutschen Volkes“, einigt also damit zum Ausdruck, daß es den vorhandenen Wohl- und Freiheitswillen sammeln will. Um das Für und Wider in ein harter Kampf einzubringen, in dem mitunter recht gewaltsame Waffen verwendet werden.

Wir gehören zu den Gegnern dieses Volksbegehrten und haben diese Gegnerschaft zu begründen. Wir lehnen es ab, uns in niedrigen Streit und kleinliches Goyant zu mischen. Wir lehnen es ab, auf die Unrichtigkeit vieler Pressemitteilungen des Reichsausschusses für das Volksbegehrten, auf die inneren Widerstände und parteipolitischen Gegenläufe dabeißt mit Fingern zu zeigen, die deutschnationalen Stimmen gegen das Volksbegehrten anzuführen oder auch die verbrecherische Lüge über den Export deutscher Menschen erneut zu geiheln. Es geht nicht mehr. Es geht um das Wohl und Wehe von Staat und Volk, um schicksalsschwere Entscheidungen.

Nur nationale und staatspolitische Gründe und Ausschöpfungen können für die Einstellung zum Volksbegehrten maßgeblich sein. Gerade sie enthalten unseres Erachtens eine so ernste Mahnung, daß keiner, der sich der Größe dieser Verantwortung bewußt ist, dem Volksbegehrten keine Stimme geben dürfte.

Das Volksbegehrten verlangt von der Reichsregierung, daß sie auf die Verwirklichung der Ehren- und Freiheitsforderungen des deutschen Volkes hinzuarbeiten hat. Das ist u. a. auch durch unsere Reichspräsidenten von Hindenburg, geschehen, und die bisherigen Verhandlungen haben ja auch zu dem Ergebnis geführt, daß der deutsche Boden von der fremden Besetzung geräumt wird. Man lädt aber außer acht,

dass einseitige Willenskundgebungen Deutschlands allein nicht zu den von uns allen ersehnten Zielen führen.

Nicht durch Kundgebungen dieser Art, sondern durch zahlen Rinnen mit unseren Gegnern ist die Befreiung der Rheinlande erreicht worden.

Das Volksbegehrten wendet sich gegen den Young-Plan und verlangt bessere Ablehnung. Die Partien und Nachteile dieser Regelung unserer Tribune sind unumstößlich zugugeben. Doch stehen ihnen als Vorteile außer der Befreiung der Rheinlande die Befreiung aller Kontrollen, Pfändungen und Sicherheiten, sowie des gefährlichen Wohlstands in der gegenüber. In nächsten Jahren ausgebrückt, bringt uns der Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan

während der ersten zehn Jahre eine Ersparnis von rund sieben Milliarden Mark.

Demgegenüber die Gefahren der Dawes-Krise, durch die Tonne von Existenz vernichtet würden, leicht hin abzutun und auf diese Krise direkt hinzuarbeiten, erscheint uns als ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Uebertreibend sind sich alle Kenner darin einig, daß gerade diese Frage viel zu verzweigt und schwierig ist, als daß ihre verantwortungsbewußte richtige Lösung jemals im Wege einer Maßnahmenabstimmung gefunden werden könnte.

Das Volksbegehrten fordert schließlich Buchthal aus für einen für diejenigen Minister, die ihren Namen unter den Young-Plan setzen. Wir halten eine derartige Bestimmung gegen Männer, die ihre ganze Kraft für die Befreiung unseres Volkes einsetzen, für eine Ziemlichkeit, die jeder geborene Staatsbürger ablehnen muß. Auch der Reichspräsident

von Hindenburg hat diese Bestimmung klarlich als einen „unsachlichen und persönlichen politischen Angriff“ bezeichnet, den er „bedauerte und verurteilte“.

Wenn er selbst nachträglich aus dieser Strafbestimmung herausgenommen worden ist, so bedeutet das von denen, die ihn einst mehr Macht zuwenden wollten, daß man ihn jetzt der staatspolitischen Verantwortlichkeit geradegau enthebt.

Die bisherigen Einzeichnungen zum Volksbegehrten haben einen durchaus normalen Verlauf gehabt. Mit der Annahme des Volksbegehrten ist zu rechnen. Dass der dann folgende Volksentscheid die erforderliche Mehrheit von über 20 Millionen Stimmen findet, ist ausgeschlossen.

Mit dieser Erfolgslosigkeit des Volksentscheides rechnen die Führer selbst.

Bisher ist noch jedes Tributabkommen revidiert worden. Auch der Young-Plan wird und muß es. Nach einer erfolglosen Befragung des Volles wird die Revision unbedingt erfordert. Auch dadurch hätten wir dieses Vor-

Das Bündholzmonopol abgeschlossen

Vorvertrag mit Ivar Kreuger

zwischen dem Reich einerseits und Ivar Kreuger andererseits ist gestern im Reichsfinanzministerium ein Vorvertrag über eine im Zusammenhang mit der Neuregelung der deutschen Bündholzgewerkschaft stehende Urkunde paraphiert worden. Liegt die Grundlage eines endgültigen Vertragsabschlusses besteht volles Einverständnis. Einige Einzelheiten sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Der Abschluß des Vertrages selbst wird in einigen Tagen erfolgen. Die Öffentlichkeit wird sobald über den Inhalt des Abkommens eingehend unterrichtet werden.

Die amtliche Schwedische Nachrichtenagentur verbreitet folgende Mitteilung des Kreuger-Konzerns:

„Ein endgültiges Abkommen wurde heute zwischen der deutschen Regierung einerseits und der Svenska Tändstid A. B. und der N. V. Finance Mi. Kreuger u. Toll andererseits unterzeichnet, wodurch das Alleinrecht des Verkaufes und der Ein- und Ausfuhr von Bündholz in innerhalb Deutschlands der Deutschen Bündholzverkaufs-A.-G. übertragen wird, welche ihren Namen später ändern wird. Die Dauer des Monopolvertrages wurde auf mindestens 32 und auf höchstens 50 Jahre festgesetzt. Diese Zeitspanne ist von der Rückzahlung der dem Deutschen Reich ge-

währten Anteile abhängt. Während des Bestehens des Monopolvertrages dürfen in Deutschland keine neuen Bündholzfabriken errichtet werden. Die eine Hälfte des Anteils der Aktien der Monopolgesellschaft wird im Besitz der Svenska Tändstid A. B. und der International Match Corporation, die andere Hälfte im Besitz der deutschen Fabriken und der Reichsrechtsgesellschaft sein. Die Produktionsquote der Bündholzfabriken wurde so festgelegt, daß bis dem schwedischen Trust gehörenden Fabriken, wie bisher, etwa 85 Prozent und die deutschen Fabriken, wie bisher, 15 Prozent produzieren. Der Preis der Bündholzer wird im Einzelhandel von 25 auf 30 Pfennig erhöht werden. Die Inhaber der Aktien der Monopolgesellschaft erhalten eine laufende Dividende von 8 Prozent. Das Reich erhält 13 RM für die Aktie von 10 000 Schachteln. Der eventuelle Nettozufluss wird zwischen dem Reich und den schwedischen Interessen in gleichen Teilen verteilt.“

Die N. V. Kreuger u. Toll gewährt dem Reich eine Anteile von 125 Millionen Dollar auf 50 Jahre mit 8 Prozent Vergütung und mit Konvertierungsrécht zu pari nach 10 Jahren (Emissionskurs 93 Prozent). Die Anteile wird in zwei Raten gezahlt, 50 Millionen Dollar 7 Monate nach Inkrafttreten des Abkommens, 75 Millionen Dollar nach weiteren 9 Monaten.

Do X mit 169 Personen geflogen

Das Flugzeug Do X ist gestern vormittag 11.15 Uhr bei herrlichem Wetter mit 150 Passagieren und 19 Mann Besatzung zu einem dreiviertelstündigem Flug über das Bodenseegebiet gestartet. Um 12.05 Uhr ist es glatt gelandet. Die Motoren haben sehr zufriedenstellend gearbeitet. Der Flug ging rund um den Bodensee. Die Landung erfolgte so glatt, daß sie von den Mitfliegenden kaum bemerkt wurde.

Neben den Flug des Do X sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: Neben 80 Pressevertretern und Filmleuten beteiligten sich 120 Angehörige der Dornierwerft Ultenheim an dem Flug. Um 10.30 Uhr wurden die 150 Fahrgäste zum Schiff gebracht, um in dem riesigen Rumpf Platz zu nehmen. Als Besatzung befanden sich einschließlich des Informationspersonals 19 Mann an Bord, so daß insgesamt 169 Personen in dem Flugzeug Aufnahme gefunden hatten. Das Gewicht der Zuladung sowie das Abfluggewicht sind im Augenblick noch nicht bekannt; Be-

triebststoff wurde für etwa sechs Stunden an Bord genommen. Wenige Minuten nach 11 Uhr, nachdem der Do X durch ein Motorboot in tieferes Wasser geschleppt worden war, wurden nacheinander die Maschinen in Gang gebracht. Innerhalb drei Minuten liefen sämtliche zwölf Motoren. Darauf begannen die Rollmauvader, die etwa eine Viertelstunde dauerten. Um 11.25 Uhr ging das Flugzeug in den Anlauf zum Start über, schon nach 72 Sekunden wiegte sich das schwerbeladete Flugboot normal vom Wasser und begann seinen Fordflug, der etwa 40 Minuten dauerte und sich in etwa 350 Meter Höhe über den ganzen Obersee von Konstanz bis Bregenz erstreckte. Um 11.57 Uhr traf Do X wieder über Ultenheim ein. Nach einer eleganten Schleife über der Dornierwerft wurde zur Landung geschritten. Um 12.04 Uhr setzte die Maschine nach ihrem so glänzend gelungenen Flug wieder auf dem Wasser auf. An Bord befanden sich auch Maurice Dornier und außerdem noch ein vierjähriges Junge, der allerdings nicht gewogen wurde, so daß eigentlich 170 Personen den Flug mitgemacht haben.

gehen für verloren. Wer kann sich aber für den Erfolg dieser Maßnahmen einsetzen, wenn er gleichzeitig damit ist, daß deutsche Volk erneut in eine schwere Krise zu stürzen?

Darf man deshalb noch sagen: Trotz der zu erwartenden Erfolgslosigkeit besteht der Wert dieses Schrittes darin, die nationale Welle in Deutschland zum Erstaunen gebracht zu haben? Hat ab vor jedem heisschlagenden nationalen Herz! Zum mindesten handeln gehört mehr, zum mindesten kann Bedeutung über Bedeutung und Folgen des Tuns. Um seiner tatsächlichen Bedeutung und Folgen willen lehnen wir aus nationaler Gesinnung dieses Volksbegehrten ab. Wir lehnen es ab, weil es in dem Augenblick, in dem die Wirtschaft und mit ihr das gesamte deutsche Volk um der Durchführung des innenpolitischen Reformwerts willen die Verständigung aller Staatsbehauptenden Kräfte fordert und dringend braucht, die stärkste bürgerliche Partei in dauernde Oppositionstellung drängt.

Eins ist zuzugeben: Die Gruppe, die gegen das Volksbegehrten spricht, geben dem Gemüth nicht so leicht ein wie starke Worte. Aber auch diese Zeit wird vorübergehen. Der horre Drang zu nüchterner, sachlicher, treuer und verantwortlicher Arbeit für Volk und Staat wird dann noch größer geworden sein. Hoffen wir, daß dann alle besonnenen nationalen Kräfte sich zusammenfinden und das tun, was not ist: Das erfolgreich begonnene Befreiungswerk in gähnendem, beharrlichem Ringen fortzuführen und zum endlichen Sieg führen!

Enttäuschung bei den Volksbegehrten

Der bisherige Verlauf der Aktion für das Volksbegehrten hat, wie man hört, die leidenden Kreise des Volksbegehrten, die Kreise um Hugenberg und Hitler, arg enttäuscht. Aus dem Reich laufen von überall Nachrichten ein, wonach die Verhandlungen für das Volksbegehrten außerordentlich schwach, zu einem großen Teil geradezu lächerlich betrachtet sind.

Die außerordentlich spät einlaufenden Unterschriften haben die Enttäuschung der Volksbegehrten-Kreise verschärft. Be-

sonders deprimierend wirkten, wie man hört, die Nachrichten aus dem Rheinland, aus dem deutschen Gebiet.

So sind in Trier bisher, bis einschließlich Sonntag abends ganze 40 Eintragungen erfolgt.

Nur ein Beispiel, das aber durch die Meldungen aus dem übrigen Gebiet der deutschen Weltmarkt vollaus bestätigt wird.

Die Senatswahlen in Frankreich

Abbé Haegg unterlegen

Um Sonntag stand ein Drittel der Senatswahl in Frankreich zur Neubesetzung. Die französischen Senatoren sind auf neun Jahre gewählt. Alle drei Jahre hat sich ein Drittel des Senats zu Neuwahlen zu stellen. Diesmal waren 98 Sitze zu vergeben. Das Wahlergebnis zeigt folgendes Bild: Rechtsrepublikaner 15 (und 8, — 8), Dreiheitsrepublikaner 14 (und 0, — 7), Rechtsradikale 12 (und 5, — 2), Radikale 41 (und 8, — 5), Sozialrepublikaner 11 (und 1, — 1), Sozialisten 8 (und 1, — 0). Ein Ergebnis, und zwar das von Guadeloupe, steht noch aus.

Es ergibt sich somit bei diesen Senatswahlen ein leichter Rückzug links. Dieser Rückschlag findet auch die meisten Pariser Zeitungen vom Montag früh mit Wissnahme des „Echo de Paris“, das schreibt: „Die gestrigen Wahlen haben gezeigt, daß im Senatswahlkörper ein nationalrepublikanischer Geist lebendig und lebhafter als je vorhanden ist.“

Mit großem Interesse wurde der Wahlausgang im Oberelsaß verfolgt, wo dem konservativen Kandidaten Abbé Haegg der Nationalsozialist Dr. Pfleiderer gegenüberstand. Nicht weniger als drei